

Auftrag

(Art. 26a Abs. 1 Stadtratsreglement, OrR SR)

Betreffend: Teilrevision des Stadtratsreglements: Einmalige Einreichung gleichartiger parlamentarischer Vorstösse pro Legislatur

eingereicht von: Die Mitte Burgdorf

am: 18.05.2026

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Teilrevision des Stadtratsreglements (OrR SR) vorzulegen, wonach parlamentarische Vorstösse (Aufträge, Motionen, Postulate und Interpellationen), die inhaltlich im Wesentlichen denselben Gegenstand betreffen und in derselben Legislaturperiode bereits behandelt wurden, nicht erneut eingereicht werden können.

Vorbehalten bleiben Vorstösse, deren Gegenstand sich aufgrund wesentlich veränderter rechtlicher, finanzieller oder tatsächlicher Rahmenbedingungen substantiell verändert hat.

Begründung

Das geltende Stadtratsreglement regelt die Einreichung und Behandlung parlamentarischer Vorstösse, enthält jedoch keine Bestimmung, welche die wiederholte Einreichung nahezu identischer oder lediglich leicht umformulierter Vorstösse innerhalb derselben Legislatur verhindert.

In der Praxis kommt es immer wieder vor, dass Vorstösse, welche vom Stadtrat behandelt wurden, nach kurzer Zeit in leicht angepasster Form erneut eingereicht werden. Dieses Vorgehen untergräbt die demokratische Entscheidungsfindung des Rates, missachtet bereits gefällte Mehrheitsentscheide und führt zu unnötigen Wiederholungen derselben politischen Debatten.

Der Stadtrat soll als Legislative effizient arbeiten können. Wiederholte Behandlung identischer Anliegen bindet Ressourcen von Parlament, Verwaltung und Gemeinderat, ohne dass ein sachlicher Mehrwert entsteht.

Mit einer klaren Regelung wird:

- die Verbindlichkeit demokratischer Entscheide gestärkt
- die Effizienz des Ratsbetriebs erhöht
- Missbrauch parlamentarischer Instrumente verhindert
- und gleichzeitig Raum für neue oder aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sachlich gerechtfertigte Vorstösse offengehalten

Die Fraktion Die Mitte Burgdorf ist überzeugt, dass die demokratische Kultur nicht darin besteht, Mehrheitsentscheide durch permanente Wiederholung desselben Anliegens zu umgehen, sondern darin, Entscheide zu respektieren und neue politische Mehrheiten auf ordentlichem Weg zu schaffen.

Unterzeichnende Person(en)

Roger Aebi, Martin Hohl, Jeanine Seiler Keller, Marcel Suter, Yves Greisler